

BESCHLUSS

der 18. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Interkommunale Zusammenarbeit und Liegenschaften

vom Mittwoch, den 14.11.2018 um 17:02 Uhr

4.6	Haushaltsplanberatungen 2019/2020: Initiative des Rhein-Erft-Kreises zur bedarfsgerechten Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.10.2018 -	426/2018
-----	--	-----------------

Ausschuss für Finanzen, Interkommunale Zusammenarbeit und Liegenschaften	14.11.2018	Verwiesen
Kreisausschuss	22.11.2018	

Die SPD-Fraktion beantragt:

1. Der Rhein-Erft-Kreis unterstützt die Städte organisatorisch und finanziell bei der bedarfsgerechten Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus.
2. Dazu wirkt der Kreis auf die Gründung eines kreisweiten Unternehmens des sozialen Wohnungsbaus unter Beteiligung aller Städte und des Kreises hin, entweder durch Fusion der bestehenden Unternehmen oder durch Errichtung einer von Städten und Kreditinstituten getragenen Holding als Dachgesellschaft über diese Unternehmen.
3. Alternativ ist auch eine feste Beteiligungsquote des Kreises an den bestehenden kommunalen Wohnungsbaugesellschaften denkbar.
4. Das Unternehmen richtet seine Aktivitäten am zukünftigen Bedarf an öffentlich geförderten und freifinanzierten preisgünstigen Wohnungen im Kreis aus. Dabei wirkt es darauf hin, dass die Städte geplante Siedlungsflächen zunächst den kommunalen Wohnungsunternehmen oder privaten Unternehmen mit einer gleichgelagerten Geschäftspolitik anbieten. Einen besonderen Schwerpunkt soll dabei der Bau alten- sowie behindertengerechter Wohnbauten bilden.
5. Das Unternehmen soll in die Lage versetzt werden, in begrenztem Rahmen Bodenbevorratungspolitik zu betreiben.
6. Zur Gründung einer Gesellschaft oder zum Erwerb von Kapitalanteilen und Grundstücken wird ein Betrag von jeweils 1 Million Euro jährlich in den Haushalt sowie die Finanzplanung eingestellt.

Beratungsergebnis: vor Eintritt in die Tagesordnung in KA verwiesen